Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Beilage zum ROTEN MORGEN 38 EXTRABLATT September 1974

7 Nummern des ROTEN MORGEN beschlagnahmt

Sie fürchten den Marxismus-Leninismus

In den letzten 3 Monaten wurden sieben Ausgaben des ROTEN MORGEN und ein Extrablatt beschlagnahmt. Verkäufer des Zentralorgans der KPD/ML wurden von der Polizei überfallen, häufig zusammengeschlagen, auf die Wache oder ins Präsidium geschleppt, wo sie nicht selten weiter mißhandelt wurden. Die Polizei dringt in Buchläden ein, die den ROTEN MORGEN verkaufen und in Parteibüros der KPD/ML, durchsucht sie, beschlagnahmt außer dem ROTEN MORGEN auch Flugblätter, Betriebszeitungen, Broschüren und sonstiges Material. Gegen Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML hat der bürgerliche Staatsapparat eine wahre Prozeßlawine entfacht. Mit Polizeistaatsmethoden will die Kapitalistenklasse unsere Partei in die Illegalität drängen, ohne in einem aufsehenerregenden Verbotsprozeß vor dem Bundesverfassungsgericht offenkundig machen zu müssen, daß unsere Partei das Erbe der revolutionären KPD Ernst Thälmanns verkörpert, während die revisionsitische D„K"P mit dem Segen und der tätigen Unterstützung der Bourgeoisie gegründet wurde, um als Agentur in der Arbeiterbewegung die Arbeiterklasse unter Mißbrauch des Ehrennamens „Kommunistische Partei" vom revolutionären Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für die Errichtung des Sozialismus abzuhalten.

Der polizeistaatliche Charakter der Angriffe des Kapitalistenstaates auf die KPD/ML und ihr Zentralorgan ROTER MORGEN wird völlig klar, wenn man sich die einzelnen Beschlagnahmeurteile gegen den ROTEN MORGEN ansieht: ***„Du kennst die Wahrheit, aber Du darfst sie weder laut sagen, noch schreiben!"*** – Das kennen viele Menschen noch von der Hitlerdiktatur. Heute sieht jeder Kollege, daß das jahrzehntelange Gerede vom „Wirtschaftswunder", von „Stabilität der Arbeitsplätze" und „wachsendem Wohlstand für alle", vom „Kapitalismus ohne Krisen" reine Lügenpropaganda der Kapitalisten war. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß es weit über eine halbe Million Arbeitslose gibt, daß weit über 100 000 Kollegen kurzarbeiten müssen, täglich lesen wir von Pleiten, Massenentlassungen, Bankzusammenbrüchen und horrenden Preissteigerungen usw.

Der ROTE MORGEN Nr. 34 wurde u.a. verboten, weil wir schrieben: ***„Jetzt, wo die Lügenpropaganda des krisenfreien Kapitalismus unter den Tatsachen zusammengebrochen ist, will die Bourgeoisie vor allem verhindern, daß die Werktätigen in der Krise erkennen, daß es das kapitalistische System ist, welches die Krise, die Arbeitslosigkeit, Not und Elend hervorbringt."*** Was hier mit Beschlagnahmebescheid und Polizeiterror unterdrückt werden soll, ist die Wahrheit, die heute schon wieder Hunderttausende Kollegen am eigenen Leib spüren. Es ist die wissenschaftliche Erkenntnis des Marxismus-Leninismus, des wissenschaftlichen Sozialismus, daß Kapitalismus und Krise untrennbar verbunden sind. Die ganze Geschichte des Kapitalismus beweist die wissenschaftliche Erkenntnis, während das Verbot des obigen ROTEN-MORGEN-Zitates genau beweist, daß die Kapitalisten verhindern wollen, daß die Werktätigen den Kapitalismus als Ursache von Krise, Arbeitslosigkeit und Elend erkennen.

Die ganze Geschichte des Kapitalismus beweist auch, daß die Arbeiterklasse sich stets gegen ihre wachsende Verelendung im revolutionären Klassenkampf zusammengeschlossen hat, um einerseits den Kapitalisten bestimmte Zugeständnisse abzutrotzen, vor allem aber, um den Kapitalismus, die wirkliche Ursache ihrer elenden Lage, zu stürzen und eine Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, den Sozialismus, aufzubauen. Und bewiesene Tatsache ist auch, daß die Kapitalisten stets alles versucht haben, die Kampffront der Arbeiterklasse zu spalten.

Oder ist es vielleicht nicht so, daß die Kapitalisten gerade jetzt verstärkt versuchen, deutsche und ausländische Kollegen gegeneinander aufzuhetzen? Ist es vielleicht nicht so, daß sie versuchen, Angst unter uns zu verbreiten, indem sie durch ihre Bonner Regierung verbreiten, „zu hohe" Lohnforderungen würden noch größere Arbeitslosigkeit, noch mehr Inflation bringen? Versuchen sie uns nicht einzuschüchtern, indem sie, wie bei Ford/Köln oder Hella/Lippstadt Streiks durch Polizeieinsätze niederschlagen lassen, indem sie die kämpferischsten Kollegen, vor allem die Kommunisten, wegen „Störung des Betriebsfriedens" entlassen? Ist es vielleicht nicht so, daß sie Resignation verbreiten wollen, indem sie über ihren imperialistischen DGB-Apparat in den Betrieben verbreiten lassen, jetzt müsse man „kurz treten", dürfe sich „nichts herausnehmen", wenn man seinen Arbeitsplatz behalten wolle?

Der ROTE MORGEN Nr. 34 aber wurde u.a. wegen folgenden Zitates verboten: ***„Sie*** (die Bourgeoisie – RM) ***versucht, Spaltung, Angst und Resignation in die Arbeiterklasse zu tragen, um ihren Kampfesmut zu brechen und zu verbindern, daß sich die Arbeiter im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus zusammenschliessen."***

Sie fürchten, daß der Marxismus Leninismus die Massen ergreift

Natürlich ist es noch nicht so, daß ein Kollege, der in seiner Abteilung feststellt, daß es keinen krisenfreien Kapitalismus gibt, anschließend von der Polizei verhaftet wird oder ein Verfahren am Hals hat. Wir leben noch nicht im Fa-

Interview mit dem Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust

RM: Genosse Ernst, das Münchner Amtsgericht hat den ROTEN MORGEN Nr. 34 beschlagnahmt. Unter anderem mit der Begründung, daß in Deiner Rede zum 30. Todestag von Ernst Thälmann folgender Absatz aus der Gründungserklärung der Partei zitiert wird: *‚Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes."*

Genosse Ernst: Dieser Angriff gegen die programmatische Gründungserklärung unserer Partei richtet sich gegen die Propagierung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Welche Taktik die Bourgeoisie und ihre Justizcamarilla dabei verfolgt, erkennt man, wenn man weiß, daß allein die Zitierung der Beschlagnahmebegründung im ROTEN MORGEN bei diesem Interview schon wieder einen Grund für die nächste Beschlagnahme darstellt. Was sie will ist, mittels des Justiz- und Beschlagnahmeterrors (es ist dies ja schon die siebente Beschlagnahmung des ROTEN MORGEN innerhalb kurzer Zeit) die legale kommunistische Agitation und Propaganda unmöglich zu machen.

Wie in faschistischen Staaten übt sie eine Pressezensur aus, nur mit dem Unterschied, daß in diesen Staaten die Zensur vorher, während sie bei uns im Nachhinein durch die Verurteilung der Presseverantwortlichen erfolgt. So heißt es im letzten gegen mich ergangenen Urteil: *„Bei seinen Veröffentlichungen ist er erheblich über das zulässige Maß der harten Kritik am Staat hinausgegangen."* Was aber das zulässige Maß der Kritik am Staat ist, das bestimmt der Staatsanwalt. Das beschließt das Gericht.

Um es an einem Beispiel klarzumachen. Als Kommunisten wissen wir, der Staat, so wie er aufgebaut ist, und sei es die beste und demokratischste bürgerliche Republik, ist nie etwas anderes gewesen und kann nie etwas anderes sein, als eine Diktatur der Bourgeoisie. **Jeder Staat bedeutet Gewaltanwendung. Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Staatsmacht liegt eben darin, ob die Gewalt gegen die Ausgebeuteten, die Werktätigen, oder ob sie gegen die Ausbeuter angewandt wird. Diese Feststellung ist eine Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus.** Sie ist ein Teil unserer Weltanschauung. Sie propagieren wir. Aus ihr ergibt sich unser Handeln.

Da wir nun aber in der Deutschen Bundesrepublik leben, wenden wir sie natürlich nicht etwa abstrakt, sondern konkret auf diesen Staat an und entlarven anhand von Beispielen sein ausbeuterisches, gewalttätiges, räuberisches, imperialistisches Wesen. Dazu heißt es in dem gegen mich ergangenen Urteil: *„Diese Äußerungen müßte ein unbefangener und unverbildeter Leser nach Überzeugung der Kammer dahin verstehen, daß es sich bei der Bundesrepublik Deutschland um einen unwürdigen Staat handle, der der Achtung der Staatsbürger nicht wert sei (...) Er handelte auch böswillig, da er die, die Bundesrepublik Deutschland herabsetzende Wirkung erkannt hatte, die Herabsetzung der Bundesrepublik Deutschland auch bezweckte und damit sein politisches Ziel, den Kampf gegen den Staat, den er als Instrument der ‚herrschenden, kapitalistischen Klasse' angibt und die Verwirklichung der ‚Diktatur des Proletariats' verfolgte."*

Hier zeigt sich klar und eindeutig der Charakter der bürgerlichen Klassenjustiz, die ihren kapitalistischen Staat mit den Mitteln des Justizterrors verteidigt. Natürlich handelt es sich bei der Bundesrepublik, wenn man schon mit bürgerlichen Moralbegriffen argumentiert, um einen „unwürdigen Staat". Oder, wie etwa würde man einen Staat bezeichnen, der es sich leistet, Nazi-Koryphäen, wie etwa den ehemaligen Bundeskanzler Kiesinger oder den inzwischen gestorbenen Bundespräsidenten Lübke an die Spitze des Staates zu berufen, dessen Justiz, Polizei, Heer und Verwaltung mit ehemaligen und neu heranwachsenden Faschisten durchsetzt ist; dessen ausbeuterischer Charakter jährlich in Tausenden Toten am Arbeitsplatz zum Ausdruck kommt; dessen Polizei prügelnd, mit brutalem Terror gegen die Werktätigen vorgeht, in dessen Gefängnissen politische Gefangene in jahrelanger Isolierhaft gehalten, Menschen zu Tode gefoltert werden usw. usf.

Natürlich ist ein solcher Staat der „Achtung der Staatsbürger nicht wert". Er ist nur wert, durch die proletarische Revolution zerschlagen und auf den Misthaufen der Geschichte gekehrt zu werden.

Die herrschende Klasse registriert die Verschärfung der Klassenkämpfe und den wachsenden Einfluß unserer kommunistischen Partei unter den Massen. Der Beschlagnahmeterror und die damit verbundenen juristischen Folgen, die massenweise erfolgenden Prozesse gegen Genossen unserer Partei, dienen der Bourgeoisie dazu, ohne ein direktes Verbot auszusprechen, die legale Tätigkeit unserer Partei lahmzulegen, die kommunistische Agitation und Propaganda zu kriminalisieren.

RM: Genosse Ernst, warum greift die Bourgeoisie auf diesem Wege die Partei an?

Genosse Ernst: Dafür gibt es zweierlei Gründe: Einmal versucht die Bourgeoisie natürlich, so lange wie möglich den Schein ihrer sogenannten „bürgerlich-parlamentarischen Demokratie" aufrecht zu erhalten. Dabei nimmt sie selbst in Kauf, ihre eigenen Gesetze zu brechen. So stellte zum Beispiel der ehemalige Innen- und jetzige Außenminister Genscher auf eine entsprechende Anfrage sinngemäß fest, daß die KPD/ML zwar eine verfassungswidrige Partei sei, daß man sie aber, aus Opportunität, aus Zweckmäßigkeitsgründen, zur Zeit nicht verbieten wolle. Das aber heißt nichts anderes als zu sagen: Ich, Genscher, weiß zwar, daß die KPD/ML entsprechend unseren Gesetzen verboten werden müßte, aber weil es mir zweckmäßig erscheint, mißachte ich lieber das Grundgesetz, die Verfassung.

Nicht, daß wir etwa verbotssüchtig wären. Wir werden um jeden Fingerbreit legaler Tätigkeit kämpfen. Wir wissen aber auch, daß die Legalität eine Falle ist, die die Bourgeoisie uns stellt, um die Struktur, den Organisationsaufbau

Fortsetzung auf Seite 2

Interview mit dem Genossen Ernst Aust

Fortsetzung von Seite 1

unserer Partei und ihrer führenden Kader zu erkennen. Wir werden uns aber gegenüber der Bourgeoisie (im Gegensatz zu anderen, sich kommunistisch nennenden Organisationen) auf keinerlei Prinzipienschacher einlassen. Für uns gilt immer noch, wie es im kommunistischen Manifest heißt: ***„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnungen."***

Deshalb greifen wir an. Deshalb verschweigen wir nicht, daß ohne Anwendung von Gewalt gegen die Gewalttäter, in deren Händen sich die Waffen und Machtorgane befinden, das Volk nicht von den Gewalttätern befreit werden kann. Sollen sie doch Farbe bekennen, die Herren in Bonn. Jawohl, wir sind die legitime Nachfolgerin der 1956 verbotenen KPD, aus deren illegalen Reihen unsere Partei entstand. Die legitime Nachfolgerin der revolutionären Partei Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns.

Aber darin liegt ja gerade ihr Dilemma. Und das ist der zweite Grund, warum die Bourgeoisie nicht mit einem Verbot, sondern mit der Politik der Nadelstiche, langsamen Fertigmachens, des Polizei- und Justizterrors, der Einschränkung unserer legalen Tätigkeit gegen uns vorgeht. Denn würde die SPD/FDP-Regierung den Verbotsantrag gegen unsere Partei stellen, käme mit Sicherheit – nur um ihr eins auszuwischen – von der CSU/CDU-Opposition die Frage: Und die D„K"P?

Damit aber bestünde die Gefahr, daß die Bourgeoisie ihr 1968 aus der Taufe gehobenes antikommunistisches Hätschelkind entlarven oder gar verlieren würde. Dessen Aufgabe ist es, die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten. Und sicher würde Herr Breschnew es übelnehmen, wenn der Herr Schmidt die von seinem Vorgänger Brandt im Zuge der „neuen Ostpolitik" betätigte Zulassung der D„K"P rückgängig machte.

Die Bourgeoisie braucht die D„K"P als ihre Agentur im Lager der Arbeiterklasse. Nicht umsonst bezeichnet sie sich als „kommunistisch. Nicht umsonst bezeichnet sie nach wie vor die revisionistisch entarteten, kapitalistischen Staaten Osteuropas als das „sozialistische Lager". Damit will sie in den Augen der Massen den Sozialismus, den Kommunismus diffamieren.

Würde die Bourgeoisie die KPD/ML auf Grund des KPD-Verbotsurteils als Nachfolgeorganisation verbieten (wozu sie jederzeit in der Lage ist) würden die Massen noch schneller erkennen, welches die kommunistische Partei, ihre proletarische Vorhut ist, die allein ihre Interessen vertritt und wer sie belügt und verrät.

RM: Genosse Ernst, wie wird die Antwort auf diese neuerlichen Angriffe der Bourgeoisie aussehen?

Genosse Ernst: Die Antwort muß und wird eine Erweiterung und Verbesserung unserer kommunistischen Agitations- und Propagandatätigkeit, eine weitere Verbreitung unserer scharfen Waffe ROTER MORGEN, eine immer tiefer werdende Verankerung unserer Partei in den Massen sein. Dabei müssen wir geschickt vorgehen und die legalen Methoden unserer Arbeit mit den illegalen verbinden. Die Bourgeoisie will uns zwingen, in unserem Zentralorgan die „Sklavensprache" zu benutzen. Sie fürchtet die offene Propagierung unserer kommunistischen Ansichten und Ziele. Dagegen müssen wir kämpfen. Niemals dürfen wir kampflos auch nur eine einzige legale Position aufgeben. Sicher ist auch, daß die Bourgeoisie bei einer weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe es nicht bei diesen Maßnahmen bewenden lassen wird, daß sie wie ihre Vorgänger zum Terror und Meuchelmord gegen die Arbeiterklasse und ihre Führer schreiten wird, wobei sie sich ihrer faschistischen und sozialfaschistischen Handlanger bedienen wird. Wozu sie fähig sind, haben wir beim Mord an Karl und Rosa, am Blut-1. Mai 1929 in Berlin, bei der Niedermetzelung der Streiks der polnischen Hafen- und Werftarbeiter, Ende 1970, bei der Errichtung ihrer faschistischen bzw. sozialfaschistischen Diktaturen gesehen. **Was die Frage des Faschismus betrifft, so dürfen wir nicht warten, bis er zu seiner offenen, terroristischen Form gelangt, sondern wir müssen alle Kräfte aufbieten und uns mit allen, die dazu bereit sind, verbünden, um die Errichtung einer faschistischen Diktatur durch die Revolution, die Diktatur des Proletariats zu verhindern.** Und was die Frage des Terrors, des Mordes bzw. Meuchelmordes betrifft, dazu zum Abschluß ein Wort von Lenin:

„Gegen Leute, die so handeln wie die deutschen Offiziere bei der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, gegen Leute vom Schlage der Stinnes und Krupp, die die Presse kaufen, gegen solche Leute sind wir gezwungen, Gewalt und Terror anzuwenden. Natürlich braucht man nicht von vornherein zu erklären, daß wir unbedingt zum Terror greifen werden. Wenn aber die deutschen Offiziere und Kappisten, wenn Krupp und Stinnes dieselben bleiben, die sie heute sind, dann wird die Anwendung von Terror unvermeidlich sein." Lenin, Band 31, Seite 237).

schismus. Aber warum ist es dann verboten, wenn es im ROTEN MORGEN steht? Was die Bourgeoisie fürchtet und auch jetzt schon bis aufs Messer bekämpft, ist der Marxismus-Leninismus und die KPD/ML als die Partei, die den Marxismus-Leninismus zu ihrer Richtschnur gemacht hat.

Denn der Marxismus-Leninismus hat nicht nur richtig analysiert, daß der Kapitalismus notwendig immer größere Krisen hervorruft. **Er ist die umfassende Wissenschaft der Arbeiterklasse in der die Erfahrungen des über hundertjährigen Befreiungskampfes des Proletariats zusammengefaßt sind. Sein wichtigstes Ergebnis aber heißt, daß es für die Arbeiterklasse nur einen Weg gibt, sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, den Weg der proletarischen Revolution, der gewaltsamen Zerschlagung des kapitalistischen Staates und der Errichtung des Staates der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats.**



Das internationale Proletariat hat diese Lehre mit blutigen Niederlagen bezahlen müssen, in denen es erfahren hat, daß die Kapitalistenklasse ihre Herrschaft mit allen Mitteln, mit millionenfachem Mord zu verteidigen sucht, daß sie lieber die ganze Welt mit Krieg, Verwüstung und Mord überzieht, als daß sie dem Drang der Massen zum Sozialismus friedlich nachgibt.

Darum heißt es in der auf dem Gründungsparteitag unserer Partei verabschiedeten Grundsatzerklärung: ***„Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft des großen Mehrheit des Volkes."*** Daß Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende unserer Partei, diese Passage in seiner Rede zum 30. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns zitierte, war für die kapitalistische Justiz ebenfalls ein Grund, den ROTEN MORGEN Nr. 34 zu verbieten.

Dieser Angriff auf den Marxismus-Leninismus und die Gründungserklärung unserer Partei kommt nicht von ungefähr. Mit der revisionistischen Entartung der KPD und der vom Bonner Staat und der revisionistischen Führung gemeinsam betriebenen Gründung der D„K"P als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung hatte die Bourgeoisie die Hoffnung verbunden, daß nun die westdeutsche Arbeiterklasse lange Zeit ohne revolutionäre marxistisch-leninistische Partei bleiben würde. **Es war darum für sie ein schwerer Schlag, als bereits ein Jahr nach der D„K"P-Gründung diese revolutionäre marxistisch-leninistische Partei, die KPD/ML, wieder gegründet wurde.**

Der moderne Revisionismus hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse mit der Ideologie des friedlichen Überganges politisch, organisatorisch und schließlich auch militärisch zu entwaffnen, Die Arbeiterklasse soll sich der Illusion hingeben, Ausbeutung und Unterdrückung, die Herrschaft der Kapitalistenklasse könne auf friedlichem Wege – durch Reformen – beseitigt werden. Um das glaubhaft machen zu können, behaupten die modernen Revisionisten, der Staatsapparat stünde „neutral" über den Klassen, loben seinen „demokratischen Charakter" über den grünen Klee und erklären, der Weg zum Sozialismus führe über die Eroberung der parlamentarischen Mehrheit.

Dagegen hat unsere Partei stets an der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus festgehalten, nach der jeder kapitalistische Staat, sei er der Form nach eine faschistische Diktatur oder eine bürgerliche „Demokratie", nichts anderes ist als die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk. Denn diese wissenschaftliche Erkenntnis bestätigt sich auch in unserer westdeutschen „Demokratie."

Diese sogenannte „Demokratie" setzt nicht nur Polizei gegen streikende Arbeiter ein, sie hat in den Notstandsgesetzen nicht nur den Einsatz von Bundesgrenzschutz und Bundeswehr gegen die kämpfende Arbeiterklasse vorgesehen. Die Kapitalistenklasse hat ihrem "demokratischen" Staat bereits heute Mordbefehl gegeben. Ermordet wurde unser **Genosse Günter Routhier,** Mitglied der KPD/ML, der bei einem Polizeieinsatz im Duisburger Arbeitsgericht so schwere Verletzungen erlitt, daß er an den Folgen starb. Die Polizeihorden überfielen selbst noch den Beerdigungszug und für die kapitalistische Justiz war es selbst ein Beschlagnahmungsgrund, daß der ROTE MORGEN die Trauergäste als Trauergäste bezeichnete. Fast alle Nummern des ROTEN MORGEN, die über den Mord an Genossen Routhier berichteten, wurden beschlagnahmt. In München wurde der Taxifahrer Günter Jendrian erschossen, in Mannheim der Arbeiter Hans-Jürgen Remizko u.a.

Und auch in den Gefängnissen wütet der Terror dieser „Demokratie". Kürzlich wurde bekannt, daß im Mannheimer Gefängnis ein Gefangener zu Tode gefoltert worden ist. **Vor allem aber wird die psychische Liquidierung politischer Gefangener durch jahrelange Isolationsfolter u.a. betrieben.** Das alles macht den Charakter dieses Staates als Diktatur der Kapitalistenklasse mehr als deutlich. Der ROTE MORGEN Nr. 31 wurde beschlagnahmt, weil Genosse Gernot Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, geschrieben hatte, diese „Demokratie" sei „gegen das Volk gerichtet".

Und obwohl es die Spatzen von den Dächern pfeifen, daß in diesem Staat die Macht nicht im Parlament, sondern in den Händen der Abs, Krupp, Thyssen, Flick, Quandt usw. liegt, obwohl klar ist, daß im Parlament nur das verabschiedet wird, was zuvor in den Büroetagen der Konzerne und Banken entschieden wurde, soll den Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert am 19. September in Hamburg der Prozeß gemacht werden, weil im ROTEN MORGEN zu lesen war, daß ***„Dieses Parlament eine Schwatzbude ist, die nichts anderes verdient, als durch den Kampf der Volksmassen auseinandergejagt zu werden."***

Das ist es, wovor die Kapitalistenklasse zittert. Sie wissen, wenn die Theorie des Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Linie der



KPD/ML, die Massen ergreift, wird sie – wie Marx einmal gesagt hat – zur „materiellen Gewalt". Dann wird nicht nur die Bonner Schwatzbude auseinandergejagt, dann wird die westdeutsche Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML die Diktatur der Kapitalistenklasse in der gewaltsamen proletarischen Revolution stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten. Darum verschärft die Bourgeoisie den Terror gegen unsere Partei, die der Arbeiterklasse diesen Weg weist. Darum versucht sie, die Propagierung des Marxismus-Leninismus durch den ROTEN MORGEN zu unterdrükken. Darum treibt die Bourgeoisie die Faschisierung ihres Staatsapparates voran, um ihre immer brüchiger werdende Herrschaft erneut vor dem revolutionären Ansturm der Werktätigen durch die Errichtung einer offen terroristischen, faschistischen Diktatur zu retten.

BESTELLSCHEIN

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes: Karin Wagner, Dortmund. Verlag: G. Schubert, 46 Dortmund- Hörde, Postfach 526. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Bestellungen an: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526.

ROTER MORGEN

A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..............................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum ....Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 04 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 121 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD: Buchladen ‚Roter Morgen', Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr.

DORTMUND: Wellinghofer Str. 103. Tel: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG: Buchladen ‚Roter Morgen', Stresemannstr. 110. Tel 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER: Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL: Buchladen ‚Roter Morgen', Reeperbahn 13. Tel: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK: Buchladen ‚Roter Morgen', Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM: Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di, 16.00 – 18.30 Uhr, Do, 16.00 – 18.30 Uhr, Sa, 9.00 – 13.00 Uhr, Tel.: 0621/37 67 44

MÜNCHEN: Buchladen ‚Roter Morgen', 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART: Buchladen ‚Roter Morgen', Haußmannstr. 107. Tel: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN: Buchladen ‚Roter Morgen', 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14. 00 Uhr.

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS!

FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

NIEDER MIT DEN VERBOTSVORBEREITUNGEN GEGEN DIE KPD/ML UND DEN ROTEN MORGEN!

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland

Vorwärts mit der KPD/ML